

Forderungen der Stadt Lohr a.Main zu den geplanten Straßenverkehrsmaßnahmen der B26n mit MSP-Spange/Zubringer Lohr

Im aktuellen Bundesverkehrswegeplan (BVWP) ist das Teilprojekt „B26n, AK Schweinfurt/Werneck (A7) – Karlstadt“ im vordringlichen Bedarf mit einer Umsetzung bis zum Jahr 2030 vorgesehen. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zum BVWP nahm die Stadt Lohr a.Main hierzu u.a. wie folgt Stellung:

„Die Stadt Lohr a.Main steht unter bestimmten Voraussetzungen dem Ausbau der B26n positiv gegenüber. Durch das Teilprojekt 1 dieser Infrastrukturmaßnahme kann ein zentraler Abschnitt einer leistungsfähigen Ost-West-Verbindung im Landkreis Main-Spessart realisiert werden, der obendrein die Gemeinden im Werntal in hohem Maße vom Durchgangsverkehr entlastet. Allerdings ist im jetzigen Ausbauzustand des Straßenverkehrsnetzes im Bereich Lohr a.Main und durch die im Bundesverkehrswegeplan vorgelegten Planungen und Realisierungsabschnitte von einer erheblichen Mehrbelastung des Verkehrsraums Lohr a.Main auszugehen. [...] Die allgemeine Verkehrszunahme bis 2030 zusammen mit den durch die B26n hervorgerufenen größeren Verkehrsmengen wird zu einer Verkehrsbelastung im vorhandenen Straßennetz des Raums Lohr a.Main bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit führen. In den Bereichen der bereits über Gebühr betroffenen Ortsdurchfahrten Steinbach, Sendelbach, Lohr a.Main und Rechtenbach ist daher mit erheblichen und vielfältigen Einbußen der Lebensqualität der Anwohner und mit starken Einschränkungen der städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten zu rechnen. [...] Begleitend zum Ausbau der B26n muss die Stadt Lohr a.Main, gegebenenfalls auch im nachrangigen Verkehrsnetz (Staats- und Kreisstraßen) leistungsfähiger an das überregionale Straßennetz (BAB A3, A7, A70, A71) angebunden werden. Dabei ist insbesondere auch eine wirksame und nachhaltige verkehrliche Entlastung der oben genannten Ortsdurchfahrten zu berücksichtigen.“

In ihrer Stellungnahme zeigte sich die Stadt Lohr a.Main aufgeschlossen für eine verkehrliche Entwicklung unserer Region, obwohl Lohr durch das erste Teilprojekt der B26n zwischen Arnstein und Karlstadt zusätzlich stark verkehrlich belastet werden würde. Im Wissen um die wichtige Bedeutung der B26n für die verkehrliche Entlastung der Kommunen im Werntal geschah dies nicht zuletzt aus Solidarität mit der Region und im Vertrauen und in der Erwartung, dass im Zuge des Neubaus der B26n alle wesentlichen Akteure gleichsam kooperativ und konstruktiv an einer für Mensch und Natur verträglichen Verkehrsentwicklung für Main-Spessart mitwirken würden. Im November 2018 scheint sich diese Erwartung nicht zu erfüllen. Daher erhebt der Stadtrat der Stadt Lohr a.Main mit hohem Nachdruck folgende Forderungen:

- Alle Entscheiderinnen und Entscheider der zuständigen Behörden und betroffenen Kommunen mögen im Zuge des geplanten Neubaus der B26n kooperativ,

konstruktiv und ohne Zeit zu verlieren an einer verkehrlichen Entwicklung für den gesamten Landkreis Main-Spessart mitarbeiten.

- Alle für die Realisierung des Abschnitts der B26n zwischen Müdesheim und Karlstadt notwendigen Schritte, von der Vorplanung über die Planfeststellung bis hin zur Bauausführung, sind zwingend parallel, im gleichen Zeitraum für die Maßnahme „MSP-Spange/Zubringer Lohr“ (MSP-Spange) auszuführen. Es darf keinesfalls zu einer Verkehrsfreigabe der B26n zwischen Arnstein und Karlstadt kommen, ohne dass eine Lösung für den Verkehrsraum Lohr realisiert worden ist.
- Bis zur geplanten Fertigstellung der B26n zwischen Arnstein und Karlstadt im Jahre 2030 ist die verbliebene Zeit von elf Jahren für Planung und Bauausführung der MSP-Spange sehr knapp. Daher muss das Raumordnungsverfahren für die MSP-Spange bereits im Jahr 2019 beginnen.
- Die Realisierung einer dritten Mainbrücke in Lohr zur direkten, ortsdurchfahrtsfreien Verbindung der St 2315 mit der St 2437 ist unabhängig vom weiteren Fortgang der Maßnahmen zur B26n mit MSP-Spange entschieden weiter zu forcieren; gegebenenfalls auch ohne eine ortsdurchfahrtsfreie Weiterführung des Verkehrs von der St 2437 zur geplanten Ortsumgehung Wiesenfeld/St 2435. Außerdem ist die Ortsumgehung Neustadt zügig zu realisieren. Dies ist dringend notwendig, um die bereits heute stark belasteten Ortsdurchfahrten Steinbach, Sendelbach, Sackenbach, Lohr a.Main, Rechtenbach und Neustadt wirksam und dauerhaft vom Verkehr zu entlasten und nicht Gefahr zu laufen, bis zur geplanten Fertigstellung der B26n zwischen Arnstein und Karlstadt im Jahr 2030 überhaupt keine Verkehrslösung für den Raum Lohr umsetzen zu können.

Die genannten Forderungen erhebt der Stadtrat von Lohr a.Main zum Schutze seiner Bürgerinnen und Bürger, die auf Grund des sehr hohen Straßenverkehrsaufkommens auf Bundes- und Staatsstraßen bereits seit Jahren erhebliche und vielfältige Einbußen der Lebensqualität hinnehmen müssen. Ferner führt das sehr hohe Verkehrsaufkommen zu starken Einschränkungen der städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten unserer Stadt. Eine weitere Verschärfung dieser Situation ist nicht hinnehmbar, eine Verbesserung dringend geboten.